

Claude Janiak: Notizen zu Reaktion auf das NATUR Manifest, 24. Februar 06

Ein Manifest macht hellhörig, zumal es von einer so großen und hoch kompetenten Versammlung wie Ihrem Kongress und der dahinter stehenden, breiten Trägerschaft kommt. Denn ein Manifest ist eigentlich eine sehr alte, um nicht zu sagen altmodische Form für ein Kongress-Schlussdokument. Auch der Kongress-Titel, „Der Wert der Natur“, deutet auf einen konservativen Charakter Ihrer „Natur-Landsgemeinde“ hin.

Von der Politik wird hingegen gefordert, vorwärts zu schauen. Alle Politiker, ob links oder rechts, bezeichnen sich gerne als zukunftsorientiert. Es scheint mir jedoch wichtig, den blinden Zukunftsglauben kritisch zu hinterfragen. Denn ohne Geschichte, ohne Werte haben wir auch keine Zukunft.

Und zu den Werten, auf die wir Rücksicht nehmen sollten bei der Zukunftsgestaltung, gehört zweifellos die Natur. So verstehe ich Ihr Manifest und die Haltung, die hinter dem NATUR Kongress steht. Und wahrscheinlich braucht es in unserer schnelllebigen, stromlinienförmigen Zeit mehrere NATUR Kongresse, bis ein solcher Gedanke breit verankert und auch in der Politik angekommen ist. In meinem Jahr als Nationalratspräsident kann ich gerne dazu einen kleinen Beitrag leisten.

Auf drei Bereiche Ihres Forderungskatalogs möchte ich speziell eingehen:

Erstens auf die Klimapolitik: Nach wie vor verfolgen viele meiner Kolleginnen und Kollegen im Parlament Partikularinteressen, wenn es um dieses Thema geht, obwohl wir und das eigentlich nicht leisten können, wie die Zunahme von Extremwetterlagen mit entsprechenden Folgen für Leib, Leben, Hab und Gut zeigen. Diese Interessenvertreter wollen um jeden Preis verhindern, dass eine staatsquotenneutrale CO₂-Abgabe eingeführt wird, wie sie im Grundsatz längst beschlossen ist. Dieses marktwirtschaftliche Instrument wird in der Schweiz heute von der Linken unterstützt, während manche oder gar die meisten bürgerlichen Politikerinnen und Politiker lieber den Klimarappen und den Gebäuderappen und weitere Rappen einführen, die im Grunde genommen – Ironie der Geschichte – neue Konsumsteuern darstellen. Dies lässt sich der Kommissionsberatung im Hinblick auf die Beratung der CO₂-Abgabe im Nationalrat in der Frühjahrssession entnehmen. Als eine Abgabe auf nicht erneuerbare Energien zur Diskussion stand, welche in die Förderung von Umwelt schonenden

Techniken fließen sollte, wurde dieses Vorgehen als unvereinbar mit der Marktwirtschaft gebrandmarkt. Vielleicht hilft dieser NATUR Kongresses, auf solche Widersprüche hinzuweisen und Wege aufzuzeigen, die alle Akteure gemeinsam gehen können, um den Klimawandel wirksam – vielleicht noch wirksamer als bisher – aufzuhalten. Schön wäre es aus meiner Sicht, wenn der Nationalrat im März Ihr Manifest nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern ihm im folgen würde.

Zweitens auf die Artenvielfalt: Die Schweiz braucht tatsächlich eine Strategie, um die Biodiversität zu erhalten, und zwar sowohl im Inland als auch im Ausland. Neue Parke sind wichtig, genügen dafür aber nicht. Eine enge Kooperation zwischen Politik und Wirtschaft, zwischen Bauern und Konsumentinnen, zwischen Tourismus und Naturschutzorganisationen kann für Win-Win-Konstellationen sorgen, die der Artenvielfalt dienen. Der NATUR Kongress zeigt das Potenzial neuer Allianzen auf, wenn beispielsweise die Versicherungen eine Raumplanung verlangen, welche die Überbauung von Gefahrenzonen verunmöglicht und den Gewässern mehr Raum gibt, um sich auszutoben. Das ist auch gut für Pflanzen und Tiere. Der Nationalrat hat bezüglich der Umsetzung dieser Forderungen bei der Beratung des Natur- und Heimatschutzgesetzes, gegen die SVP, erste Pflöcke gesetzt. Ich hoffe, dass der Ständerat ihm in der Frühjahrssession folgen wird.

Drittens auf unsere globale Verantwortung: Die Klimafrage habe ich schon erwähnt. So lange wir rund 5500 Watt Leistung pro Kopf beanspruchen anstelle der weltverträglichen 2000 Watt, sind wir gehalten, unsere Hausaufgaben im Energiebereich zu machen. Besonders gefreut hat mich jedoch, dass ein NATUR Kongress in der Schweiz die Fragen von Armut und Entwicklung im Süden anspricht. Damit wird auch klar gestellt, dass wir Schweizerinnen und Schweizer kein Brett vor dem Kopf haben, wie es uns manchmal vorgeworfen wird. Aus den Gründen, die das Manifest festhält, sollten wir unser Entwicklungshilfe-Budget erhöhen und noch gezielter für die Armutsbekämpfung einsetzen. Insbesondere müssen wir mithelfen, auch im Süden und Osten eine nachhaltige Wirtschaft aufzubauen, welche die Grundbedürfnisse nach Nahrung, Kleidung, sauberem Trinkwasser, aber auch nach Gesundheit und Bildung unter Einbezug der natürlichen Lebensgrundlagen befriedigt.

Als Nationalratspräsident kann ich an meine Kolleginnen und Kollegen in diesem Sinn appellieren. Ich bin gerne bereit, Ihr Manifest dem Parlament zu überbringen und zu Beginn der nächsten Session allen Mitgliedern der großen Kammer zu über-

geben. Dies im Sinne eines kleinen Beitrags und in der Hoffnung, dass Sie uns auch in Zukunft mit Ihren Anliegen keine Ruhe lassen. Sie sind überlebenswichtig.